

Den demographischen Wandel in Nordrhein-Westfalen gestalten



Herausforderungen annehmen - Chancen nutzen
Handlungskonzept - Kurzfassung



Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



Den demographischen Wandel in Nordrhein-Westfalen gestalten

Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen

Handlungskonzept – Kurzfassung

Arbeitsergebnis der
Interministeriellen Arbeitsgruppe
„Demographischer Wandel“

Düsseldorf, April 2005

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium
für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie des
Landes Nordrhein-Westfalen

Wissenschaftliche Bearbeitung und Redaktion:

Prof. Dr. Christoph Weischer
Universität Münster
Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121
48151 Münster

Ansprechpartner:

Dr. Hildegard Kaluza
Ministerium für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie NRW
Abt. IV
Tel.: 0211/855-3335
E-Mail: hildegard.kaluza@mgsff.nrw.de

Gabi Schmidt
Ministerium für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie NRW
Abt. V
Tel.: 0211/855-3562
E-Mail: gabi.schmidt@mgsff.nrw.de

Willi Kolks
Staatskanzlei des Landes NRW
Referat für Längerfristige Planung
Tel.: 0211/837-1106
E-Mail: willi.kolks@stk.nrw.de

Gliederung

I.	Die demographische Entwicklung im Überblick	2
1.	Entwicklung der Geburtenziffern	2
2.	Außen- und Binnenmigration	3
3.	Veränderung der durchschnittlichen Lebenserwartung.....	3
4.	Prognosen zur demographischen Entwicklung	4
II.	Folgen des demographischen Wandels und politische Handlungsmöglichkeiten.....	4
1.	Folgen des demographischen Wandels	4
2.	Politische Handlungsmöglichkeiten im Überblick.....	5
III.	Handlungsfelder.....	6
<input type="checkbox"/>	Einflussnahme auf die demographische Entwicklung	6
1.	Familien- und Geschlechterpolitik	6
2.	Zuwanderung und Integration	8
<input type="checkbox"/>	Qualifizierung, Arbeit und wirtschaftliche Innovation.....	9
3.	Bildung, Arbeit und Qualifikation	9
4.	Wirtschaftliche Innovationen für Unternehmen und Verbraucher	11
<input type="checkbox"/>	Umbau sozialstaatlicher Leistungen und Infrastrukturen	12
5.	Soziale Leistungen und Dienste für eine sich wandelnde Gesellschaft	12
6.	Senioren- und Pflegepolitik.....	14
7.	Stadt- und Regionalpolitik, Wohnungsbau und Infrastruktur, innere Sicherheit.....	15
<input type="checkbox"/>	Management des demographischen Wandels.....	17
8.	Öffentliche Finanzen.....	17
9.	Gender Mainstreaming.....	18
10.	Kommunikation und Partizipation.....	18
11.	Moderation und Steuerung	18

Den demographischen Wandel in Nordrhein-Westfalen gestalten: Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen

Einleitung

Nordrhein-Westfalen steht ebenso wie die anderen Bundesländer und Europa insgesamt vor großen demographischen Veränderungen. Es wird vorhergesagt, dass die demographische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte gekennzeichnet sein wird durch niedrige Geburtenraten, steigende Lebenserwartung und dauerhafte Zuwanderung. Das hat Folgen für nahezu alle Lebensbereiche, für den Arbeits- und Wohnungsmarkt genauso wie für die Bildungs- und Sozialsysteme oder das gesellschaftliche Miteinander. Daraus ergeben sich Herausforderungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen. Die erfolgreiche Gestaltung des demographischen Wandels wird immer mehr zu einem Standortfaktor und zur Grundlage wie zum Kennzeichen einer solidarischen Gesellschaft.

Mit der demographischen Entwicklung werden häufig Ängste geschürt – beispielsweise mit ihren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Das ist nicht sachgerecht, denn die Veränderungen bringen nicht nur Risiken mit sich, sondern ebenso Chancen für alle Generationen. Und das Wort von der „Gesellschaft des langen Lebens“ betont zu Recht: Die erhöhte Lebenserwartung ist nicht vor allem Last, sondern in erster Linie gesellschaftlicher und persönlicher Gewinn.

Die prognostizierte Entwicklung trifft Nordrhein-Westfalen nicht unvorbereitet. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit bereits vieles in die Wege geleitet, was auch, aber nicht nur mit Blick auf den demographischen Wandel richtig war und richtig ist. So hat auch der Zukunftsrat NRW sich im Rahmen der Agenda 21 NRW mit dem Thema auseinandergesetzt. Viele der im Bericht des Zukunftsrates formulierten Ideen finden sich im vorliegenden Handlungskonzept wieder. Der demographische Wandel hat oft weniger die Problemlagen selbst als vielmehr den Handlungsdruck und manchmal auch das Handlungsmotiv verändert. So sind etwa eine höhere Erwerbsquote von Frauen und eine bessere Kinderbetreuung längst keine reinen Gleichstellungsthemen mehr, sondern zu einer wichtigen Forderung der Familien-, der Wirtschafts-, der Bildungs- und sogar der Gesundheitspolitik geworden. Viele der Anregungen, Hinweise und Empfehlungen in diesem Handlungskonzept können daher auf bereits bekannten Ansätzen aufsetzen.

In einer Zukunftsstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen, die wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit zum Ziel hat, spielt die „Demographieorientierung“ der Politik eine entscheidende Rolle. Erfolgreiche Konzepte in NRW und im Ruhrgebiet, das im demographischen Wandel eine Art „Pionierrolle“ spielt, können zudem Modellcharakter für hoch verdichtete Räume in ganz Deutschland und in Europa entfalten. Daraus entstehen nicht zuletzt neue Märkte und Wachstumsperspektiven für einen Raum, der in besonderem Maße vom Strukturwandel betroffen ist.

I. Die demographische Entwicklung im Überblick

1. Entwicklung der Geburtenziffern

- Die Ursache für den langfristigen Bevölkerungsrückgang liegt in der Abnahme der Zahl der Geburten. Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, müssten rein rechnerisch je 100 Frauen etwa 210 Kinder geboren werden. Die tatsächliche Geburtenrate liegt in West-

deutschland aber bereits seit drei Jahrzehnten darunter. Aktuell werden in Deutschland 136 Kinder je 100 Frauen geboren, in Nordrhein-Westfalen 142 Kinder je 100 Frauen (2003). Für sich betrachtet – d.h. ohne Zuwanderung – würde damit die Bevölkerung je Generation um fast ein Drittel schrumpfen.

- Der Rückgang der Geburtenzahlen hat in Deutschland – wie in anderen Industrieländern – bereits Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts eingesetzt. Ein weiterer Rückgang war in den 60er und 70er Jahren zu verzeichnen.
- Die Rückgänge in der durchschnittlichen Kinderzahl von Männern und Frauen zeigen sich in einem rückläufigen Anteil größerer Familien mit drei und mehr Kindern und in einer wachsenden Zahl von (lebenslang) kinderlosen Männern und Frauen.
- Die Zahl der Kinder bzw. das Phänomen der Kinderlosigkeit von Männern und Frauen wird insbesondere von der Nationalität, der Bildung bzw. beruflichen Stellung sowie von regionalen Faktoren (Ost-West, Stadt-Land) beeinflusst.
- Mit unterschiedlicher Intensität findet der demographische Wandel in allen Industrieländern statt. Im internationalen Vergleich bewegt sich Deutschland mit 136 Kindern je 100 Frauen im unteren Drittel vergleichbarer Länder. Die Spannweite in anderen EU-Ländern reicht von unter 120 bis über 180 Kinder je 100 Frauen. In Deutschland ist dabei der Anteil der (lebenslang) Kinderlosen besonders stark ausgeprägt.

2. Außen- und Binnenmigration

- Obwohl seit Anfang der 70er Jahre in Deutschland jedes Jahr mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden, ist die Einwohnerzahl bislang immer noch gestiegen. Der Grund dafür sind Zuwanderungen, insbesondere die großen Wellen zu Beginn der 70er, 80er und 90er Jahre.
- Zwischen 1965 und 1990 nahm Westdeutschland je 1.000 Einwohner durchschnittlich 3,3 Einwanderer auf und belegte damit weltweit Platz zwei hinter den USA (3,5). Auch das vereinte Deutschland ist ein Einwanderungsland. Allerdings stehen den von 1991 bis 2002 fast 12,2 Millionen Zuwanderungen auch 8,4 Millionen Abwanderungen (Abwanderungsquote: fast 70 Prozent) gegenüber. Im langjährigen Mittel kommen jedes Jahr rund 200.000 Menschen mehr in die Bundesrepublik als fortziehen.
- Das Land NRW weist im Jahr 2003 einen Wanderungsgewinn von insgesamt 34 Tausend Personen auf; das geht auf Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern (155 Tausend Zuzüge und 138 Tausend Fortzüge) bzw. über die Bundesgrenzen (135 Tausend Zuzüge bzw. 118 Tausend Fortzüge) zurück.
- Zwar lässt sich Migration wegen ihrer starken Schwankungen nur mit gewisser Unsicherheit voraussagen, eines ist jedoch sicher: Zuwanderung alleine wird die demographische Entwicklung in Deutschland nicht aufhalten können. Alleine um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen, müssten nach einer Studie der Vereinten Nationen jedes Jahr netto 344.000 Menschen nach Deutschland einwandern. Sollte zudem die Alterung kompensiert werden, also die Relation zwischen Erwerbstätigen und über 65-Jährigen beibehalten werden, so wären sogar 3,6 Millionen Einwanderer pro Jahr nötig.
- Die demographische Entwicklung einzelner Kreise und Städte hängt mehr denn je von deren ökonomischen Perspektiven ab. Wanderungsgewinne werden in den allermeisten Fällen nur noch durch den Wettbewerb um Einwohner zu erzielen sein. Da überwiegend junge, gut ausgebildete Erwerbsfähige im Alter zwischen 20 und 40 Jahren von attraktiven Regionen angezogen werden, verändert sich in schrumpfenden Regionen zusätzlich die Altersstruktur.

3. Veränderung der durchschnittlichen Lebenserwartung

- Parallel zum Rückgang der Geburtenrate geht seit rund einem Jahrhundert die Kindersterblichkeit zurück und die sozialen und medizinischen Fortschritte haben eine ›Gesellschaft des langen Lebens‹ ermöglicht. Seit 1900 ist in Deutschland die Lebenserwartung um über 30 Jahre gestiegen. Es wird prognostiziert, dass ein heute geborener Junge im

statistischen Durchschnitt 76 Jahre alt werden wird, während bei den Frauen die Lebenserwartung sogar auf heute 81 Jahre gestiegen ist.

- Bis zum Jahr 2050 wird sich die durchschnittliche Lebenserwartung beider Geschlechter noch einmal deutlich verlängern – die Prognosen reichen von 79 bis 87 Jahren für Männer und von 86 bis 93 Jahren für Frauen. Diese Entwicklung dämpft den Bevölkerungsrückgang, trägt jedoch neben den geringen Geburtenzahlen zur Alterung der Gesellschaft bei.
4. Prognosen zur demographischen Entwicklung
- In Deutschland leben heute etwa 82,5 Millionen Menschen. Der Höchststand mit knapp über 83 Millionen Einwohnern wird 2012 erwartet. Danach wird bis 2050 mit einem Rückgang auf 75 Millionen gerechnet.
 - Die Prognose für Nordrhein-Westfalen geht davon aus, dass die Bevölkerung von heute 18,05 Millionen Einwohnern bis 2007 auf 18,08 Millionen wachsen wird. Danach wird die Bevölkerungszahl kontinuierlich zurückgehen. Im Jahr 2040 werden noch 16,86 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen leben – das sind etwa so viele wie Ende der 80er Jahre. Wenn sich die Geburtenrate bis dahin nicht deutlich erhöht, wird der Bevölkerungsrückgang ab 2040 an Fahrt gewinnen.
 - Die Veränderung der Bevölkerungszahl und –struktur wird innerhalb von Nordrhein-Westfalen regional sehr unterschiedlich sein. So haben die Großstädte des Landes in den nächsten 15 Jahren fast ausnahmslos mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen, während die ländlichen Regionen dazu gewinnen werden.
 - Die Bevölkerungszuwächse auf dem Land sind überwiegend auf Zuwanderung zurückzuführen, die sich aber nur zu einem geringen Teil aus den Verlusten der Städte speist. Die Bevölkerungsverluste in den Ballungsräumen beruhen vorwiegend auf dem Geburtenfazit, nicht auf Abwanderung.
 - Besonders die Kernstädte des Ruhrgebietes verlieren – bedingt durch die Sterbeüberschüsse – deutlich an (deutscher) Bevölkerung. Insgesamt wird für das Ruhrgebiet ein Rückgang der Bevölkerungszahl um 5,6 Prozent bis 2020 erwartet. Das entspricht einer Schrumpfung um rund 300.000 Einwohner.
 - Jedes Jahr steigt derzeit der Altersdurchschnitt der Bevölkerung um ein Vierteljahr. Der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung – heute rund ein Viertel – wird in den kommenden drei Jahrzehnten auf ein Drittel wachsen. Das Durchschnittsalter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung liegt heute bei 41,1 Jahren. Bis zum Jahr 2020 erhöht sich dieser Wert um 3,4 auf 44,5 Jahre.
 - Ältere Prognosen zeigen, dass sich der Bevölkerungsanteil von Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft erhöhen wird.
 - Das Ruhrgebiet spielt in der demographischen Entwicklung eine „Pionierrolle“. Es ist altersstrukturell dem Landes- und Bundesgebiet um etliche Jahre voraus. Der Anteil der über 65-Jährigen lag Ende 2002 im Ruhrgebiet mit 19,1 Prozent deutlich über dem Landesdurchschnitt mit 17,2 Prozent. Der Anteil der unter 25-Jährigen liegt im Revier bei 25,6 Prozent, im übrigen NRW beträgt er 27,4 Prozent. 38 Prozent der Einwohner sind älter als 50 Jahre (Land: 35,3 Prozent).

II. Folgen des demographischen Wandels und politische Handlungsmöglichkeiten

1. Folgen des demographischen Wandels

Veränderungen am Arbeitsmarkt

Das Arbeitskräfteangebot wird im Zuge der demographischen Veränderungen zurückgehen. Zugleich wird jedoch voraussichtlich auch die Nachfrage nach Arbeitskräften sinken.

Da heute ein großer Teil der Kinder aus sozial benachteiligten Familien stammt, die besonders kinderreich sind, wird die durchschnittliche berufliche Qualifikation der verfügbaren Arbeitskräfte sinken, wenn es nicht gelingt, Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft zu garantieren. Der steigende Anteil von Migrantinnen und Migranten, die heute durchschnittlich über eine schlechtere schulische Qualifizierung verfügen, wirkt in die gleiche Richtung, wenn es nicht gelingt, diese besser zu qualifizieren.

Veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen

Mit der Alterung und wachsenden kulturellen Vielfalt der Bevölkerung wird die Nachfrage nach altersgerechten, zielgruppenspezifischen Produkten und Dienstleistungen steigen. Die Entwicklung von altersgerechten Technologien im Haushalt, im Verkehr, in der Ernährung usw. kann zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor werden. Eine besondere Rolle nimmt die Gesundheitswirtschaft ein, die in Nordrhein-Westfalen schon heute mehr als eine Million Menschen beschäftigt. Wenn es gelingt, diese hervorragende Ausgangsposition zu nutzen, dann werden NRW daraus handfeste wirtschaftliche Vorteile erwachsen.

Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme

Der demographische Wandel wird zu steigenden Finanzierungslasten im Bereich der sozialen Sicherungssysteme führen. Ohne entsprechende Reformen würden höhere Leistungen von einer kleineren Gruppe von Beitragszahlern zu erbringen sein.

Integration und Partizipation von Migrantinnen und Migranten

Durch anhaltende Zuwanderung und höhere Geburtenziffern wird der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen weiter wachsen. In einzelnen Kreisen und Städten bzw. in einzelnen Stadtvierteln wird es besonders hohe Bevölkerungsanteile von Migrantinnen und Migranten geben.

Erhöhte Gesundheits- und Pflegeleistungen

Im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Pflege steht eine älter werdende Gesellschaft – mit einem wachsenden Anteil an Hochaltrigen – vor einer großen Herausforderung. Angesichts der höheren Lebenserwartung, aber insbesondere auch aufgrund des medizinischen Fortschritts werden die Gesundheitskosten weiter steigen.

Schrumpfende Städte

Die regional sehr unterschiedlich verlaufende demographische Entwicklung wird vor allem in stark alternden und schrumpfenden Städten oder Stadtteilen zu Anpassungsdruck führen. Ein Teil der städtischen Infrastrukturen wird bei rückläufiger Bevölkerung nur noch schwer zu unterhalten sein. Für viele Städte wird eine Umstellung der Planungen von Neubau auf Bestandserhaltung und selektiven Rückbau die Folge sein. Hier gilt es, dem veränderten Wohnbedarf gerecht zu werden, räumliche Polarisierungen zu begrenzen sowie öffentliche Infrastrukturangebote und Dienstleistungen der veränderten Nachfrage anzupassen. Verstärkte regionale Kooperationen zwischen Zentren, aber auch mit dem urbanisierten Umfeld, werden immer notwendiger.

2. Politische Handlungsmöglichkeiten im Überblick

Demographische Vorausberechnungen haben sich im Vergleich zu anderen Langfristprognosen als sehr zuverlässig erwiesen. Dennoch beruhen ihre Aussagen i.d.R. auf der Fortschreibung vergangener Entwicklungen. Somit stehen die Prognosen immer unter dem Vorbehalt, ob die getroffenen Annahmen sich als zutreffend erweisen werden. Der Wert von Prognosen liegt deshalb besonders darin, dass sie zunächst kaum merkbare, jedoch "vorprogrammierte" künftige Veränderungen und deren Größenordnung sichtbar machen. Damit liefern sie wichtige Informationen für politische Entscheidungen und können zugleich Handlungserfordernisse für die Politik aufzeigen.

Welche Folgen die prognostizierten Veränderungen für die verschiedenen Politikfelder haben, hängt in jedem Bereich von einer ganzen Reihe vermittelnder Faktoren ab. So werden

die Folgen für die *Systeme der Alterssicherung* beispielsweise entscheidend vom faktischen Renteneintrittsalter, von der Entwicklung der Produktivität oder der Höhe der Erwerbsquote von Männern und Frauen bestimmt. Die Folgen für das *Arbeitskräfteangebot* hängen u.a. von den Erwerbsquoten, von der Qualifizierung und dem kreativen Potential der Arbeitskräfte ab. Der Erfolg präventiver Maßnahmen entscheidet mit darüber, wie sich die Auswirkungen auf den *Gesundheitsbereich* und den Pflegebedarf gestalten. Die Folgen für das *soziale Klima* sind wiederum davon abhängig, wie weit eine Integration und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten gelingt und ob sozialräumliche Polarisierungsprozesse begrenzt werden können.

Die Politik hat prinzipiell folgende Ansatzpunkte, um die demographischen Herausforderungen zu bewältigen:

- a) Sie kann versuchen, die demographischen Trends zu ändern.
- b) Sie kann die Auswirkungen der demographischen Entwicklung mildern und die sich aus ihr ergebenden Chancen nutzen.

Um die demographischen Trends zu ändern, muss auf ihre Ursachen Einfluss genommen werden: An vorderster Stelle kommen hier familienpolitische Maßnahmen in Betracht, die z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Darüber hinaus kann über die Zuwanderungs- und Integrationspolitik auf Ausmaß und Geschwindigkeit der demographischen Veränderung Einfluss genommen werden.

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung zu mildern, bedeutet, auf die skizzierten ökonomischen Herausforderungen Einfluss zu nehmen, um negative Folgen für die gesellschaftliche Prosperität zu begrenzen und positive zu stärken. Hierzu gehören vor allem Maßnahmen im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung, der beruflichen Qualifizierung, der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftspolitik, insbesondere Maßnahmen zur Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials. Genauso muss Politik die Folgen der demographischen Veränderungen im sozialen Bereich und in der regionalen Struktur in den Blick nehmen, um präventiv zu wirken, um die sozialen Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen den veränderten Anforderungen anzupassen und um raumwirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.

In Bereichen, in denen die demographische Entwicklung zum Ausgangspunkt für wirtschaftliche Erneuerung werden kann, müssen die Chancen genutzt werden. Beispiele sind personenbezogene Gesundheits- und Pflegedienste, die wachsende Bedeutung der Wirtschaftskraft älterer Menschen sowie auch der veränderte Bedarf an Gebäuden und das Entstehen von Brachflächen, die für die Vitalisierung der Innenstädte genutzt werden können.

Daraus wird deutlich, dass die Folgen des demographischen Wandels wirkungsvoll nur politikfeldübergreifend beeinflusst werden können. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, um die Entwicklung gestaltend zu nutzen.

III. Handlungsfelder

□ Einflussnahme auf die demographische Entwicklung

1. Familien- und Geschlechterpolitik

Im Kontext der demographischen Verschiebungen ist es das Ziel der Familien- und Geschlechterpolitik, Familien zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familienarbeit mit Ausbildung und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen zu verbessern. Damit werden Voraussetzungen für eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen geschaffen und gleichzeitig die Gründung von Familien erleichtert. Erforderlich ist ein kinder- und elternfreundlicher ›Klimawandel‹ mit dem Ziel, die Geburtenrate mittelfristig zu erhöhen.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien durch familienunterstützende Dienstleistungen

Ein breites Angebot von Dienstleistungen soll die im Familienkontext erbrachten Leistungen unterstützen und ersetzen: Dienstleistungen im Bereich der Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen, im Bereich der Information und Beratung, im Bereich der Pflege von Kranken, der Unterstützung von älteren Menschen, von Menschen mit Behinderungen sowie sonstige haushaltsbezogene Dienstleistungen.

An dem ›Vereinbarkeitsproblem‹ sind neben den Familien auch die Betriebe bzw. die Tarifparteien beteiligt. Sie müssen für dieses Thema sensibilisiert werden und ihren Beitrag zu einer neuen Arbeits- und Unternehmenskultur leisten. Sie können z.B. über die familiengerechte Flexibilisierung von Arbeitszeiten, über Teilzeit und Tele-(Heim-)arbeit erheblich zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen. Dabei sollte Vorreiterrolle der öffentlichen Verwaltung gestärkt werden.

Familien stärken durch die Überwindung traditioneller Rollenbilder

Trotz der Möglichkeiten, Dienstleistungen zu delegieren, müssen wichtige Leistungen in den Familien erbracht werden. Die Arbeitsteilung in der Partnerschaft spielt eine zentrale Rolle bei der Lösung der Vereinbarkeitsprobleme.

Familienfreundliches Land, familienfreundliche Städte

Aufgrund wenig kinder- und familienfreundlicher Rahmenbedingungen in städtischen Verdichtungsräumen –verstärkt durch Eigenheimzulage und Pendlerpauschale - ziehen Familien häufig in den suburbanen Raum. Daraus erwachsen Verkehrsprobleme, Zersiedelung, Probleme der infrastrukturellen Versorgung und der sozialen Entmischung in den Städten. Es gilt daher, den veränderten Bedarf an Gebäuden und das Entstehen von Brachflächen für eine familienfreundliche Gestaltung der Innenstädte zu nutzen.

Finanzielle Anreize für Familien

Im internationalen Vergleich gehört Deutschland bei Geldleistungen für Familien zur Spitzengruppe der OECD-Länder. Bei den Aufwendungen für familienbezogene Dienstleistungen liegt Deutschland nur im unteren Mittelfeld. Trotz der insgesamt hohen finanziellen Transfers sind Kinder in Deutschland, u.a. bedingt durch die niedrige Erwerbsbeteiligung von Müttern, nach wie vor ein Armutsrisiko.

Bisherige Aktivitäten

- ∅ Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich
- ∅ Flächendeckende Beratungsinfrastruktur im Bereich der Familien- und Jugendhilfe
- ∅ Modellprojekte zur Einrichtung von Dienstleistungspools
- ∅ Förderung der kommunalen Familienpolitik durch lokale Bündnisse und strategisches Management
- ∅ Väterkampagne
- ∅ Projekte zur besseren ›Vereinbarkeit von Familie und Beruf‹ und zur Berufsrückkehr.

Handlungsoptionen

- ∅ Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder, insbesondere im Alter unter drei Jahren
- ∅ Offene Ganztagschule im Primarbereich sowie für Schüler und Schülerinnen in der Sekundarstufe I
- ∅ Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vorreiterrolle der öffentlichen Verwaltung
- ∅ Weitere Vernetzung, Kooperation und Neuausrichtung der familienunterstützenden Dienste, ›Serviceleistungen‹ für Familien (u.a. Familienratgeber, Elternbriefe), ›Öffnung‹ dieser Angebote für Migrantinnen und Migranten
- ∅ Aufbau ›Sozialer Frühwarnsysteme‹ im Bereich der Familienförderung
- ∅ Familienfreundlichkeit der Unternehmen verbessern

- ∅ Förderung des kulturellen Wandels: aktive Vaterschaft, Väterarbeit
- ∅ Elterngeld als Lohnersatzleistung ausgestalten
- ∅ Die Weiterentwicklung steuerrechtlicher Regelungen mit Blick auf eine verfassungskonforme Berücksichtigung der Ehe und der Förderung von Frauenerwerbstätigkeit in Familien mit Kindern sollte an einer verbesserten Kinderförderung ausgerichtet werden, um Kindererziehung und Beruf besser in Einklang bringen zu können.
- ∅ Veränderten Bedarf an Gebäuden und das Entstehen von Brachflächen für eine familienfreundliche Gestaltung der Innenstädte nutzen

2. Zuwanderung und Integration

Investitionen in die Ausbildung der Zuwanderinnen und Zuwanderer sind ohne Alternative. Zugleich ist eine zukünftige aktive Zuwanderungspolitik gezielt an den Erfordernissen der deutschen, speziell der nordrhein-westfälischen Volkswirtschaft auszurichten. Integration beinhaltet als interaktiver Prozess sowohl eine Integrationsleistung der Zuwanderer als auch eine Veränderung der aufnehmenden Gesellschaft. Sie soll auch dazu beitragen, die Zahl der Zugewanderten, die Deutschland wieder verlassen, zu reduzieren.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Mit dem Zuwanderungsgesetz sind auf Bundesebene wichtige Voraussetzungen für die Zuwanderungs- und Integrationspolitik des Landes geschaffen worden.

Sprachförderung und Qualifizierung

Ein Schwerpunkt der zukünftigen Integrationspolitik muss eine verbesserte Sprachförderung und Qualifizierung sein. Die schulischen Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund sind heute unzureichend. Mit gezielter und frühzeitiger Sprachförderung und einem verbesserten Zugang zu Ganztagschulen sollen der Leistungsstand erhöht und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hergestellt werden.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Zugang zu Arbeit und Einkommen bildet das Fundament einer gelungenen gesellschaftlichen Integration. Insbesondere Migrantinnen und Migranten sind vom Strukturwandel betroffen; ihre Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von sozialen Unterstützungsleistungen sind höher als die der heimischen Bevölkerung.

Soziale, politische und kulturelle Integration

Nordrhein-Westfalen verfügt über ein breit gefächertes Netz aus Vereinen und Selbsthilfegruppen, das Zuwanderinnen und Zuwanderern notwendige Kontakte und Orientierungen verschafft und der Artikulation ihrer Interessen dient. Um die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den kommunalen, staatlichen und privaten Entscheidungsträgern zu optimieren, engagiert sich das Land aktiv in der Förderung und Qualifizierung der Migrantenselbstorganisationen.

Bisherige Aktivitäten

- ∅ Handlungsempfehlungen zum konstruktiven Zusammenwirken von Rat und Ausländerbeirat in den Kommunen, Bildung von Integrationsräten, Handlungsempfehlung ›Integration - effektiv.organiert‹, Empfehlungen für die Durchführung von Sozialen Orientierungskursen
- ∅ Projekte zur Förderung der Migrantenselbstorganisation
- ∅ Informationskampagne ›Zugewanderte: Chance für Wirtschaft und Verwaltung‹
- ∅ Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)
- ∅ Integrationsvereinbarungen mit Zuwanderinnen und Zuwanderern in verschiedenen Städten bzw. Projekten.

Handlungsoptionen

- Ø Ergänzend zu den Förderungs- und Beratungsangeboten für Neuzugewanderte sollte sich das Land in seiner Förderung von Migrationssozialarbeit auf die Integration der bereits länger hier lebenden Zugewanderten und auf die Förderung der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft konzentrieren.
- Ø Städte und Gemeinden müssen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes unterstützt werden. Die kommunalen Verwaltungen müssen sich auf die Daueraufgabe Integration einrichten und die örtlichen Akteure und Ressourcen in Integrations-Netzwerke einbinden.
- Ø Einsatz für eine Zielgruppen übergreifende Antidiskriminierungspolitik – wie sie von der Europäischen Union verfolgt wird
- Ø Qualitative Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Bildungsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund
- Ø Integrationsangebote für ›High Potentials‹ initiieren/koordinieren.

□ Qualifizierung, Arbeit und wirtschaftliche Innovation

3. Bildung, Arbeit und Qualifikation

Das Bildungssystem muss eine Gleichheit von Bildungschancen auf hohem Niveau ermöglichen und ist den demographischen Erfordernissen anzupassen: Im Bereich der schulischen Bildung werden Ganztagsangebote ausgebaut, um die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Chancen von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Im Bereich der beruflichen Bildung muss neben der Erstqualifizierung die Weiterbildung einen größeren Stellenwert erlangen. Über alle Bildungssegmente hinweg muss angesichts des Bevölkerungsrückgangs, der Alterung und der absehbar rückläufigen Zahl von Erwerbspersonen eine Steigerung der Bildungsbeteiligung und eine Höherqualifizierung erreicht werden.

Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung bzw. Erwerbsarbeit

Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung bzw. Beruf muss auf beiden Seiten ansetzen: Angemessene und verlässliche Betreuungsangebote müssen die Familienarbeit ›kalkulierbarer‹ machen, bessere Rahmenbedingungen sollten Ausbildungsphasen und berufliche Tätigkeiten familienfreundlicher machen. Im Bereich der Primar- und der Sekundarstufe I sind mehr Ganztagsangebote erforderlich. Eine Verkürzung der Ausbildungszeiten an den Hochschulen sollte einen Berufseintritt mit 25 Jahren ermöglichen. Auch die Betriebe müssen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten (siehe auch oben 1.).

Steigerung von Qualität und Effizienz der schulischen, akademischen und beruflichen Ausbildung

Die internationalen Vergleichsstudien zum deutschen Bildungssystem, das Gebot der Chancengleichheit sowie die demographischen Anforderungen verlangen eine Kompetenz- und Effizienzsteigerung auf allen Ausbildungsstufen. So müssen die Abiturienten- und die Studierendenquote erhöht werden; Bildungsgänge müssen konzentriert, verkürzt und die Quote der Wiederholer und Wiederholerinnen minimiert werden.

Der geringe Bildungserfolg bei Schülern und Schülerinnen aus bildungsfernen Schichten, häufig mit Migrationshintergrund, ist nicht nur eine Hypothek für ihre persönliche Entwicklung, er verweist auch auf brachliegende Ressourcen, die erschlossen werden müssen. Insbesondere die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss muss mittelfristig mindestens halbiert werden.

Ungeachtet der qualitativ höheren Anforderungen an schulische und berufliche Ausbildungsstätten müssen sich diese der rückläufigen quantitativen Nachfrage anpassen.

Erhöhung der Erwerbsbeteiligung

Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen kann über eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit (früherer Berufseintritt, Erhöhung des faktischen Renteneintrittsalters) und über erhöhte Erwerbsquoten und Arbeitsvolumina erfolgen. Das dient auch der besseren Nutzung des wachsenden Qualifikationspotenzials von Frauen. Eine Veränderung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sollte die Voraussetzungen für eine flexibel ausgestaltete Verlängerung der Lebensarbeitszeit schaffen. Anzustreben ist eine Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen sowie von älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und eine bessere Förderung und schnellere Integration von (Langzeit-)Arbeitslosen. Auch eine stärkere Implementierung von Teilzeitmodellen, die der Lebenssituation von Männern und Frauen angemessen sind, kann zu einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung beitragen.

Bessere Qualifikation der Erwerbstätigen

Eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit setzt auf Seiten der Betriebe wie auf Seiten der Beschäftigten eine Neuorientierung voraus. Betriebe müssen die Chancen einer altersgerechten Personal- und Organisationsentwicklung erkennen und nutzen. Zugleich ist eine Sensibilisierung von älteren Beschäftigten und Arbeitslosen für den Erhalt ihrer Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit erforderlich. Beide Seiten können so die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen schaffen. Die Gesellschaft des langen Lebens muss kulturell anerkannt sein. Bildungs- und Kulturangebote müssen daraufhin überprüft und besonders für ältere Menschen neu entwickelt werden.

Bisherige Aktivitäten

- ∅ ›Offene Ganztagschulen‹ im Primarbereich
- ∅ Projekt ›Selbstständige Schule‹
- ∅ Initiative ›Arbeit und Innovation im demographischen Wandel‹ (ARBID)
- ∅ ›Aktionsplan Ältere‹ des Bündnisses für Arbeit
- ∅ Vermittlungsoffensive für ältere Arbeitslose
- ∅ Einrichtung der Regionalstellen ›Frau und Beruf‹
- ∅ Integration von *Gender Mainstreaming* in die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes
- ∅ Maßnahmen zur Stärkung lebensbegleitenden Lernens
- ∅ Förderung des (längeren) Verbleibs älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Arbeitsprozess
- ∅ Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master.

Handlungsoptionen

- ∅ Verpflichtende Sprachkurse vor der Einschulung, Sprachförderung im Kindergartenalter unter Einbeziehung der Eltern
- ∅ Weiterer Ausbau von offenen Ganztagschulen im Primarbereich und in der Sekundarstufe I
- ∅ Stärkung der individuellen Förderung durch einen Unterricht, der auf die vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten ausgerichtet ist; besserer Umgang mit heterogenen Schülerschaften
- ∅ Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation insgesamt, insbesondere jedoch in Schulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten
- ∅ Mehr Eigenverantwortung für die Schulen bei gleichzeitig größerer Transparenz der Leistungen (Lernstandserhebungen, zentrale Abschlussprüfungen)
- ∅ Lehrer und Lehrerinnen von Verwaltungsaufgaben entlasten
- ∅ Steigerung der Übergangsquote zwischen Schule und Hochschule durch verbesserte und vernetzte Informations- und Beratungsangebote

- ∅ Erhöhung der Bildungsbeteiligung und des Studienerfolgs durch übersichtlicher und straffer organisierte Bachelor-Studiengänge
- ∅ Verkürzung der akademischen Ausbildung: Bachelor als berufsqualifizierender (Regel-) Abschluss
- ∅ Anwerbung von ›high-potential‹-Studierenden durch Angebote im Graduiertenstudium oder durch ›graduate schools‹
- ∅ Anreize für private Bildungsinvestitionen setzen
- ∅ Unterstützung der Tarifpartner bei der Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle, die einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten
- ∅ Sicherung und Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitslosen, Unterstützung der betrieblichen Weiterbildung, lebensbegleitende Qualifizierungsangebote
- ∅ Aufbau von Bildungsangeboten für ältere Menschen.

4. Wirtschaftliche Innovationen für Unternehmen und Verbraucher

Unternehmen werden in mehrfacher Hinsicht vom demographischen Wandel betroffen sein. Gefordert sind eine veränderte Personalpolitik sowie innovative Produkte und Dienstleistungen.

Innovation der Personalpolitik

Es ist davon auszugehen, dass vor allem auf höheren Qualifikationsstufen ein Arbeitskräftemangel entstehen wird. Deshalb werden Unternehmen eine präzisere Personalplanung und einen flexibleren Personaleinsatz gewährleisten müssen. Das Beschäftigungs- und Qualifizierungspotenzial von Frauen muss stärker als bislang einbezogen werden. Auch ist die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet, wenn nicht dem Umstand Rechnung getragen wird, dass es in Zukunft weit stärker eine Sache der älteren Beschäftigten im Unternehmen sein wird, Innovationen einzuführen. Dafür müssen geeignete Weiterbildungskonzepte umgesetzt werden. Auf betrieblicher Ebene sind die Voraussetzungen für einen längeren Verbleib älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Arbeitsprozess zu schaffen.

Die veränderte Altersstruktur betrifft auch die Unternehmerschaft; so ist damit zu rechnen, dass vermehrt Probleme der Unternehmensnachfolge auftreten.

Innovation von Produkten und Dienstleistungen

Die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung wird auch zu Veränderungen auf der Nachfrageseite führen. Das erfordert neue Produkte, Marketingstrategien und Serviceangebote.

Besonders deutlich zeigen sich die wirtschaftlichen Potenziale des demographischen Wandels in der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft.

Gesundheitswirtschaft

Eine stärkere Förderung der Gesundheitswirtschaft zielt darauf, die Qualität der medizinischen Versorgung und der Dienstleistungen zu verbessern und gleichzeitig zukunftsfeste und qualifizierte Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Die Gesundheitswirtschaft wird damit vom Kostenfaktor zum Wachstumsmarkt in Nordrhein-Westfalen.

Seniorenwirtschaft

Das Ziel der Landesinitiative Seniorenwirtschaft ist es, durch neue Produkte und Dienstleistungen die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern und so Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen und den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken. Zu den zentralen Handlungsfeldern der Seniorenwirtschaft gehören die Bereiche Wohnen im Alter, Finanzdienstleistungen, Kultur, neue Medien und Telekommunikation, gesundheits- und haushaltsbezogene Dienstleistungen und Tourismus. In der Initiative wirken die Landesregierung und die Wirtschafts- und Sozialpartner des Landes zusammen.

Ethnische und lokale Ökonomien

Ethnische und lokale Ökonomien können im Kontext eines wachsenden Bevölkerungsanteils von Menschen mit Migrationshintergrund wichtige Funktionen haben, indem sie Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten im Stadtteil bieten, Neuzugewanderten eine erste Chance eröffnen und außenwirtschaftliche Kontakte in die Herkunftsländer fördern.

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die in viele Handlungsfelder hineinspielt. Ziel ist es, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher hinsichtlich ihrer Information, ihrer Sicherheit, der Transparenz auf dem Markt und ihrer Wahlfreiheit weiter zu stärken. Dafür muss der Verbraucherschutz in Zukunft verstärkt auch die spezifischen Erfordernisse einer älter werdenden Zielgruppe in den Blick nehmen.

Bisherige Aktivitäten

- ∅ Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW
- ∅ Förderung der Seniorenwirtschaft (generationsübergreifende und barrierefreie Produkte und Dienstleistungen, Wohnangebote, Medienkompetenz und Weiterbildung)
- ∅ Regionale Transferstellen zur Förderung selbstständiger Migranten in Nordrhein-Westfalen
- ∅ Förderung lokaler Ökonomien im Rahmen des Programms ›Soziale Stadt‹.

Handlungsoptionen

- ∅ Rahmenbedingungen für eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen verbessern
- ∅ Sensibilisierung von Betrieben für eine demographieorientierte Personal- und Organisationsentwicklung zur Erhaltung und Stärkung der Innovationsfähigkeit
- ∅ Förderung der Integration von älteren Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt
- ∅ Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensnachfolge in Klein- und Mittelbetrieben
- ∅ Entwicklung der Gesundheitswirtschaft: Modellregion für innovative Ansätze im Gesundheitswesen, Export von gesundheitsbezogenen Produkten, Technologien und Dienstleistungen, Ansiedlung von einschlägigen Unternehmen
- ∅ Förderung der Seniorenwirtschaft durch die Entwicklung von neuen Produkten bzw. Dienstleistungen in den zentralen Handlungsfeldern und Aufbau eines europäischen Netzwerks unter der Federführung Nordrhein-Westfalens.

□ Umbau sozialstaatlicher Leistungen und Infrastrukturen

5. Soziale Leistungen und Dienste für eine sich wandelnde Gesellschaft

Eine angemessene soziale Absicherung breiter Bevölkerungsschichten ist die entscheidende Aufgabe bei der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme. Dies gilt sowohl für die Rentenversicherung als auch für die Kranken- und Pflegeversicherung. Wichtige Ansatzpunkte dabei sind die Stärkung der Eigenverantwortung und der Prävention. Soziale Dienstleistungen müssen stärker als bisher in diese Richtung akzentuiert werden und sind so auszugestalten, dass sie dem veränderten Bedarf einer im Durchschnitt älteren Gesellschaft gerecht werden.

Altersvorsorge

Mit der Rentenreform 2001 und den Reformgesetzen des Jahres 2004 (Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz, Alterseinkünftegesetz) sind Maßnahmen ergriffen worden, um die gesetzliche Rentenversicherung auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen einzustellen.

Die Bedeutung einer zusätzlichen Altersvorsorge ist zwar weiten Teilen der Bevölkerung bekannt, gleichwohl stagniert der Absatz von förderfähigen Altersvorsorgeverträgen auf nied-

rigem Niveau. Nur die Hälfte der kleinen Unternehmen bietet eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung an. Hier ist mehr Information und Überzeugung notwendig.

Gesundheitspolitik

Im Bereich der Gesundheitsprävention und -förderung sind frühzeitige Schritte vor allem im Kindes- und Jugendalter entscheidend. Gesundheitsriskantes Verhalten muss vermindert und solche Verhaltensweisen müssen gestärkt werden, die das Risiko von Erkrankungen verringern.

Die langfristige Sicherheit der Gesundheitsversorgung verlangt eine Modernisierung des Gesundheitswesens mit dem Ziel einer deutlichen Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung sowie die Stabilisierung der Finanzierungsbasis.

Die steigende Lebenserwartung, die Veränderung von Krankheiten und deren Behandlungsmöglichkeiten erfordern die Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Versorgungsangebote der medizinischen Rehabilitation, die gegenüber der Pflege Vorrang haben. Anzustreben ist die Schaffung bedarfsgerechter wohnortnaher Angebote.

Die Angebote für kranke und unterstützungs- bzw. pflegebedürftige Menschen sind zu einem integrierten und qualifizierten Angebot sozialer Dienste zu verknüpfen.

Sport kann der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation dienen, zur Vermeidung von Isolation beitragen und das Selbstwertgefühl Älterer steigern. Zudem bieten sich hier Möglichkeiten der Integration von Migrantinnen und Migranten.

Bürgerschaftliches Engagement

Im gesamten Bereich sozialer Dienstleistungen muss die Kooperation zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften gestärkt werden. Das Potenzial für außerfamiliäres bürgerschaftliches Engagement ist keineswegs ausgeschöpft. Besondere Aufmerksamkeit ist der Verbesserung der Rahmenbedingungen zu schenken, so der Anerkennung, der Qualifizierung und der Vernetzung.

Bisherige Aktivitäten

- ∅ Landesinitiative ›Altersvorsorge Plus‹ zur Förderung und Verbreitung der zusätzlichen Altersvorsorge
- ∅ ›Infonetz-Altersvorsorge‹
- ∅ Gründung der Landes- bzw. der kommunalen Gesundheitskonferenzen
- ∅ Initiierung von abgestimmten Präventionsprogrammen
- ∅ Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Landesnachweis NRW, Internetportal ›engagiert-in-nrw.de‹, Landes-Haftpflicht und -Unfallversicherung für Ehrenamtliche
- ∅ „Ehrenamtstouren“ des Ministerpräsidenten zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements.

Handlungsoptionen

- ∅ Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Produkten und Verträgen zur Absicherung von Lebensrisiken und zur Altersvorsorge, Maßnahmen zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge
- ∅ Ergänzende anbieterunabhängige Informations- und Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher als Flankierung der wachsenden Eigenverantwortung initiieren bzw. weiterentwickeln
- ∅ Maßnahmen zur frühzeitigen Prävention und Gesundheitsförderung weiterentwickeln, insbesondere für die Zielgruppe der älteren Menschen
- ∅ Unterstützung sportlicher Aktivitäten als Gesundheitsförderung und als Medium der Integration
- ∅ Langfristige Sicherung der gesundheitlichen Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft

- ∅ Weiterentwicklung der medizinischen Rehabilitation
- ∅ Einflussnahme auf die Entwicklung sozial gerechter Reformansätze
- ∅ Neue Versorgungsformen entwickeln und umsetzen (z.B. Disease-Management-Programme, integrierte Versorgung, palliativmedizinische Angebote)
- ∅ Aus-, Fort- und Weiterbildung der ärztlichen Berufe auf die künftigen Rahmenbedingungen einstellen
- ∅ Sicherung bedarfsgerechter Fachkraftausbildungen im medizinischen Bereich
- ∅ Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, verbessertes Zusammenspiel professioneller, familiärer und ehrenamtlicher Kräfte, Entwicklung einer engagementfreundlichen Infrastruktur.
- ∅ Verbesserung der Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement durch landesweite Netzwerkstrukturen und Entbürokratisierung.

6. Senioren- und Pflegepolitik

Die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft und einer sich verlängernden Lebensphase jenseits der Erwerbsarbeit müssen genutzt werden. So ist beispielsweise die soziale Teilhabe von älteren Menschen zu fördern, indem sie zu ehrenamtlichen Tätigkeiten motiviert und ihre Erfahrungspotenziale genutzt werden; dazu können auch flexible Übergänge zwischen Erwerbs- und Nacherwerbsphase beitragen. Ältere Menschen sollen dabei unterstützt werden, am öffentlichen Leben einer sich weiter entwickelnden Informationsgesellschaft teilzuhaben. Bei einem wachsenden Bevölkerungsanteil von älteren Menschen ist von höheren Ansprüchen an Dienstleistungen, Sicherheit, Komfort etc. auszugehen. Aufgabe und zugleich Chance für die Wirtschaft ist es, das Waren- und Dienstleistungsangebot der differenzierten Nachfrage dieser Bevölkerungsgruppe anzupassen. Seniorinnen und Senioren, die ihren Grundbedarf wirtschaftlich nicht absichern können, brauchen auch weiterhin öffentliche Unterstützung und qualifizierte Beratung. Für hilfs- bzw. pflegebedürftige Ältere sind wohnortnahe abgestufte Beratungs- und Hilfsangebote zu entwickeln und im Rahmen eines *›case-management‹* professionell zu organisieren.

Erwerbsarbeit und nachberufliche Tätigkeit

Heute liegen auf vielen Feldern wertvolle Erfahrungen und Fähigkeiten Älterer brach. Älteren Menschen muss ein angemessener Platz im Arbeitsleben wie im sozialen Leben gegeben werden. Sie können zur aktiven Mitgestaltung motiviert werden. Zahlreiche Ältere sind schon bürgerschaftlich engagiert, übernehmen Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren des Gemeinwesens; diese Entwicklung gilt es zu stärken und auszubauen.

Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben

Die verbesserte materielle Absicherung älterer Menschen und die Fortschritte in der Medizin und der gesundheitlichen Versorgung sind wichtige Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes und selbstständiges Leben. Darüber hinaus bedarf es jedoch spezifischer Produkte und Dienstleistungen, insbesondere auch sozialer Dienste (z.B. Einkauf, Behördengänge, niedrigschwellige Pflegedienstleistungen, Notrufsysteme), die an den differenzierten Bedarf verschiedener Gruppen (Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund, Alter) angepasst sein müssen.

Pflegepolitik

Mit der demographisch bedingten Erhöhung des Pflegebedarfs und mit einem Rückgang der in den Familien erbrachten Pflegearbeit wird die Organisation und Finanzierung der Pflege zu einer gesellschaftlichen Herausforderung. Darüber hinaus stellt sich die Aufgabe, Prävention und geriatrische Rehabilitation zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit weiter zu entwickeln, den Vorrang der häuslichen Hilfsangebote praktisch umzusetzen, die Vernetzung und die Qualität der Angebote zu sichern und weiterzuentwickeln.

Bisherige Aktivitäten

- Ø Förderung von nachberuflichen Tätigkeiten und bürgerschaftlichem Engagement
- Ø Aufbau von Projekten zur Unterstützung sozialer Netzwerke
- Ø Ausbau von Begegnungsstätten unter Berücksichtigung der Hochbetagten
- Ø intergenerative Projekte
- Ø Weiterentwicklung komplementärer ambulanter Dienste
- Ø Unterstützung bei der Entwicklung neuer Wohnformen für alte bzw. pflegebedürftige Menschen, Qualitätssicherung selbstgewählter Wohnformen
- Ø Anerkennung und modellhafte Förderung niedrigrschwelliger Hilfsangebote
- Ø Modellhafte Förderung von Einrichtungen zur geriatrischen Rehabilitation
- Ø Novellierung des Landespflegegesetzes zur Modernisierung und zum weiteren Ausbau von Pflegeeinrichtungen und Diensten
- Ø Qualitätssicherung der stationären Altenhilfe
- Ø Förderung von Demenz-Service-Zentren.

Handlungsoptionen

- Ø Vermittlung realistischer Altersbilder im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
- Ø Stärkung von Senioren als Verbraucher, Verbraucherschutz
- Ø Transferstrukturen für Erfolg versprechende Konzepte schaffen
- Ø Weiterentwicklung der Informationsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen
- Ø Weiterentwicklung der kommunalen Pflegeplanung, Förderung präventiver Maßnahmen durch eine Stärkung der vorpflegerischen Infrastruktur auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte
- Ø Schnittstellen zwischen medizinischen, pflegerischen und sozialen Hilfen ausbilden
- Ø Bedarfsgerechter Ausbau der Einrichtungen und Dienste der Pflege, insbesondere für demenziell erkrankte Pflegebedürftige sowie Qualifizierung und Unterstützung der Pflegeleistung von häuslich Pflegenden
- Ø Vorausschauende Förderung der Ausbildung und Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Pflege
- Ø Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements in den Einrichtungen und Diensten der Pflege
- Ø Weiterentwicklung geronto-psychiatrischer Angebote
- Ø Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Älteren für Ältere, systematische Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege

7. Stadt- und Regionalpolitik, Wohnungsbau und Infrastruktur, innere Sicherheit
Sozialräumlicher Polarisierung und der Umlandwanderung muss entgegengewirkt werden; zugleich muss kurzfristig den negativen Folgen von Segregation begegnet werden. Schließlich müssen die insbesondere im städtischen Bereich zu erwartenden Schrumpfungsprozesse so gestaltet werden, dass die Lebensqualität der verbleibenden Bevölkerung erhalten bleibt. Die Wohnungs-, Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote sind an den Bedarf einer zahlenmäßig kleiner und älter werdenden Gesellschaft mit veränderten Bedürfnissen anzupassen. Das beinhaltet eine flächendeckende Versorgung von älteren Menschen, eine Anpassung des Wohnungsangebots und der Verkehrsinfrastruktur, die Verfügbarkeit kommunaler Gemeinschaftseinrichtungen und eine flächendeckende Gewährleistung öffentlicher Sicherheit.

Regional- und Stadtpolitik

Zur Bewältigung des strukturellen wie des demographischen Wandels ist eine stärkere regionale Koordination geboten. Für ein regionales Konfliktmanagement ist die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern; die Vergabe von Zuschüssen und Fördermitteln soll an interkommunal abgestimmte Entwicklungskonzepte gebunden werden. Auch Regionalräte oder

die Einführung regionaler Flächennutzungspläne können solche Abstimmungsprozesse unterstützen.

Wohnungspolitik

Wohnungspolitisch muss den unterschiedlichen regionalen Marktgegebenheiten Rechnung getragen werden. Dabei erhält die sozial- und siedlungspolitische Rolle der Wohnungspolitik ein wachsendes Gewicht. Moderne Wohnungspolitik muss außerdem den baulichen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen gerecht werden.

Infrastruktur

Die Effekte des demographischen Wandels werden sich für die verschiedenen Verkehrsträger regional unterschiedlich auswirken. Während im Fern- und Güterverkehr die fortschreitende Globalisierung die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs überlagern wird, werden im regionalen und städtischen Verkehr teilweise deutliche Entlastungen, z.B. im ÖPNV, auftreten. Zusätzliche Wanderungsbewegungen können zu Verschiebungen bei der Nutzung der Verkehrsinfrastruktur führen. Es gilt, durch Lückenschlüsse die bestehende Infrastruktur auszubauen, in ihrer Substanz zu erhalten und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Fest steht jedoch, dass bei einer rückläufigen Bevölkerungszahl die Infrastrukturkosten pro Kopf zunächst einmal steigen werden.

Die bestehenden abfallwirtschaftlichen Planungs- und Steuerungsmechanismen, wie die Abfallwirtschaftspläne, berücksichtigen bereits die Parameter des demographischen Wandels. Die mittelfristigen Auswirkungen des prognostizierten Bevölkerungswandels auf die wasserwirtschaftliche Infrastruktur werden als gering erachtet.

Innere Sicherheit

Die demographischen Veränderungen können punktuell mit einer Veränderung der objektiven Sicherheitslage einhergehen. Neben der objektiven Lage muss auch das subjektive Sicherheitsempfinden, z.B. von Frauen und älteren Menschen, beachtet und verbessert werden.

Bisherige Aktivitäten

- ∅ Wohnraumförderungsprogramm 2004
- ∅ Stadtmarketing der 2. Generation
- ∅ Stadtumbau West
- ∅ Entwicklung regionaler Einzelhandelskonzepte
- ∅ Gemeinschaftsinitiative ›Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW‹
- ∅ Forum Bahnflächen NRW
- ∅ Handlungsprogramm Soziale Stadt
- ∅ Grundstücksfonds zur Wiedernutzbarmachung industrieller Altstandorte.

Handlungsoptionen

- ∅ Entwicklung von Lösungen zum Umgang mit den Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels mit dem Förderprogramm Stadtumbau West
- ∅ Schließung von bestehenden Lücken und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur als wesentliche Grundlage für die Gewährleistung der Mobilität
- ∅ Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, damit für unterschiedliche örtliche Problemlagen angemessene Lösungen gefunden und ineffiziente Konkurrenzsituationen vermieden werden
- ∅ Flexibilisierung und Dezentralisierung der Wohnungspolitik; mehr Verantwortung für Städte und Gemeinden
- ∅ Anpassung des Wohnungsangebots an den veränderten Bedarf; es ist aber sicherzustellen, dass Wohnen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bezahlbar bleibt; zugleich ist in strukturschwachen Gebieten der Mietverfall einzudämmen, damit bestandserhaltende Investitionen gesichert sind

- ∅ Förderung von ökologischem und familienfreundlichem Wohnen in Mehrfamilienhäusern in den Innenstädten
- ∅ Einführung einer Flächenumwandlungsabgabe oder von handelbaren Flächenzertifikaten, die die Verdichtung der bestehenden Bebauung und die Wiedernutzung von Brachflächen gegenüber der Umwandlung von Acker-, Grün- und Waldflächen in Siedlungsflächen begünstigen
- ∅ Flexible Nutzung von öffentlichen Gebäuden ermöglichen, Umgestaltung bestehender Gebäude zu Multifunktionsgebäuden
- ∅ Abbau von Barrieren (familien- und seniorenfreundlichen Zugang zum ÖPV gewährleisten)
- ∅ Bedürfnisgerechte Gestaltung des urbanen Raums soll ›Angsträumen‹ entgegenwirken; gefahrenabwehrende Videoüberwachung zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens.

□ Management des demographischen Wandels

Der demographische Wandel, seine Herausforderungen und Chancen können nur bewältigt werden, wenn alle politischen Ebenen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger selbst, an den Prozessen beteiligt werden. Die Haushaltssituation des Landes und der Kommunen gibt einen wichtigen Eckpunkt vor.

8. Öffentliche Finanzen

Die haushaltswirtschaftliche Situation begrenzt die Möglichkeiten des Landes, finanzielle Freiräume, die durch die demographische Entwicklung entstehen, für zusätzliche Aufgaben zu nutzen.

Die Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen bewegt sich derzeit in einem schwierigen ökonomischen und finanzpolitischen Umfeld. Durch die wirtschaftliche Stagnation der vergangenen Jahre und durch Steuersenkungen sind die Steuereinnahmen des Landes drastisch zurückgegangen. Nur durch tief greifende Konsolidierungsmaßnahmen konnten die Ausgaben des Landes insgesamt auf dem bisherigen Niveau gehalten werden.

Die haushaltswirtschaftliche Situation wird sich auch mittelfristig nicht entspannen. Es gilt, die jährliche Nettoneuverschuldung zu reduzieren. Nach den Ergebnissen der Finanzplanung wird das Land selbst bei restriktivsten Ausgabensteigerungen im Jahre 2008 noch Neu-schulden in Höhe von 3,1 Mrd. € aufnehmen müssen.

Langfristig strebt die Landesregierung eine Rückführung der jährlichen Neuverschuldung auf Null an. Das Erreichen dieses Zieles setzt voraus, dass auch über einen längeren Zeitraum hinweg der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent weiterverfolgt wird. Da langfristig die Steuereinnahmen allenfalls moderat wachsen werden, die Ausgabenseite jedoch durch zwangsläufige Mehrausgaben belastet wird (Zunahme des Steuerverbundes bei Steuermehreinnahmen, steigende Zinsausgaben und Mehrausgaben für Versorgungsempfänger), muss über die Verwendung in Aussicht stehender Demographiegewinne immer auch mit Blick auf zusätzliche Demographiebelastungen an anderer Stelle und die Konsolidierung des Haushalts entschieden werden.

Handlungsoptionen

- ∅ Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
- ∅ Einsatz der Demographiegewinne auch zur Entlastung der öffentlichen Haushalte
- ∅ Effektiver Einsatz von Fördermitteln (z.B. durch vermehrte Pauschalierung von Zuwendungen)
- ∅ Ressortübergreifende und mittelfristige Finanzpolitik.

9. Gender Mainstreaming

Der Prozess des demographischen Wandels ist unmittelbar mit der Entwicklung der Geschlechterbeziehungen im Erwerbs- und im privaten Leben verknüpft. Politische Interventionen, die auf die Ursachen der demographischen Entwicklung zielen bzw. den demographischen Wandel und seine Folgen gestalten wollen, müssen an den Lebensrealitäten von Frauen und Männern ausgerichtet sein. Die geschlechtergerechte und –differenzierende Ausgestaltung der einzelnen Handlungsempfehlungen macht sie pass- und zielgenauer und erhöht die Wirksamkeit der konkreten Maßnahmen und Vorhaben. Das Prinzip des Gender Mainstreaming muss im Prozess der Umsetzung der Handlungsempfehlungen wie in dem des Managements des demographischen Wandels Anwendung finden.

10. Kommunikation und Partizipation

Eine Politik, die den demographischen Wandel in seinen Ursachen und Folgen gestalten will, muss von einem differenzierten öffentlichen Diskurs begleitet werden. Es bedarf einer Kommunikation und Partizipation, die die spezifische Problemsicht aller Beteiligten (Kommunen, Unternehmen, Verbände, Familien, ältere Menschen, Ehrenamtliche u.a.m.) einbezieht. Das Ergebnis muss eine möglichst situationsscharfe Beschreibung von Problemlagen sein, die es erlaubt, die vorhandenen Handlungspotenziale optimal zu nutzen und neue Potenziale zu mobilisieren.

Die erforderlichen Veränderungen im Bereich der Familien- und Zuwanderungspolitik, die stärkere Einbeziehung älterer Menschen in den Arbeitsprozess, die Umsetzung von lebensbegleitendem Lernen sowie die stärkere Orientierung von Produkten und Dienstleistungen an den Bedürfnissen älterer Menschen implizieren einen gesellschaftlichen Wertewandel. Dazu kann die Öffentlichkeitsarbeit des Landes einen wichtigen Beitrag leisten.

Handlungsoptionen

- ∅ Führen eines landesweiten Dialogs um die Ursachen und Folgen des demographischen Wandels und entsprechende Strategien
- ∅ Entwicklung von Verfahren der Partizipation, um die Betroffenen in den Entscheidungs- und Umgestaltungsprozess mit einzubeziehen
- ∅ Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung eines Wertewandels, Bekenntnis zur ›Einwanderungsgesellschaft‹ und zur ›Gesellschaft des langen Lebens‹.

11. Moderation und Steuerung

Die Folgen des demographischen Wandels lassen sich *im Trend* heute bereits gut abbilden. Für viele Bereiche lassen sich daraus wichtige Eckpunkte politischen Handelns ableiten. Es bedarf allerdings auch weiterhin der systematischen Erschließung von wissenschaftlicher Erkenntnis, von Problemindikatoren und steuerungsrelevanten Informationen. Daneben sind geeignete Controllingtechniken zu entwickeln, mit deren Hilfe die knappen Ressourcen effizient eingesetzt werden können und sich politisches Handeln justieren lässt.

Die vom demographischen Wandel aufgeworfenen ökonomischen und sozialen Herausforderungen stellen sich im ganzen Land. Die von den Kommunen verfolgten Strategien bedürfen daher einer Koordinierung durch das Land, z.B. um eine ruinöse Konkurrenz um Einwohner oder Gewerbeansiedlungen zu vermeiden. Das Land muss die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen setzen und Unterstützungsleistungen anbieten. Die Antworten auf lokale Herausforderungen müssen allerdings auf kommunaler Ebene gefunden werden. Eine wichtige Rolle kommt wiederum dem Land bei der Initiierung interkommunaler Kooperationsprozesse zu, in die insbesondere die Bezirksregierungen mit einzubeziehen sind.

Die Herausforderungen des demographischen Wandels sind in Verbindung mit den anderen großen Veränderungsprozessen zu sehen, z.B. der ökonomischen Globalisierung oder ökologischen Fragen.

Handlungsoptionen

- ∅ Weiterentwicklung der ressortübergreifenden Strukturen zum demographischen Wandel
- ∅ Übernahme von Moderationsfunktionen, um unterschiedliche Akteure für die anstehenden Aufgaben zu mobilisieren und zwischen unterschiedlichen Interessen zu vermitteln
- ∅ Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit
- ∅ Aufbau von landesweiten und kommunalen Indikatorensystemen zur genaueren Analyse des demographischen Wandels und seiner Folgen
- ∅ Entwicklung von Controllingtechniken, um die Wirksamkeit von Maßnahmen zu überprüfen und die Ressourceneffizienz zu erhöhen
- ∅ Forcierung der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen.

Den demographischen Wandel in Nordrhein-Westfalen gestalten
Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen

Problem- und Handlungstableau

31.3.2005

Einflussnahme auf die demographische Entwicklung	
Probleme	Ziele
<ul style="list-style-type: none"> - Rückgang der Bevölkerungszahl - Alterung der Gesellschaft - höherer Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> - Steigerung der Geburtenziffer durch bessere Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Überwindung traditioneller Rollenbilder von Männern und Frauen - familienfreundliche Lebensbedingungen in Stadt und Land - verbesserte Sprachförderung und Qualifizierung für Zugewanderte - bessere Integration der Zugewanderten, Integrationsangebote auch für höher qualifizierte Migrantinnen und Migranten (>High Potentials<)
Maßnahmen	
<p>1. Familien- und Geschlechterpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ∅ Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder, insbesondere im Alter unter drei Jahren ∅ offene Ganztagschule im Primarbereich sowie für Schüler und Schülerinnen in der Sekundarstufe I ∅ Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Berufsrückkehr, Vorreiterrolle der öffentlichen Verwaltung ∅ flächendeckende Beratungsinfrastruktur im Bereich der Familien- und Jugendhilfe, bessere Ansprache von Migrantinnen und Migranten ∅ Förderung der kommunalen Familienpolitik durch lokale Bündnisse und strategisches Management, Aufbau ›Sozialer Frühwarnsysteme‹ im Bereich der Familienförderung ∅ weitere Vernetzung, Kooperation und Neuausrichtung der familienunterstützenden Dienste, Serviceleistungen für Familien (u.a. Familienratgeber, Elternbriefe) ∅ Unternehmen familienfreundlich machen ∅ Förderung des kulturellen Wandels: aktive Vaterschaft, Väterarbeit ∅ Elterngeld als Lohnersatzleistung ausgestalten ∅ Die Weiterentwicklung steuerrechtlicher Regelungen mit Blick auf eine verfassungskonforme Berücksichtigung der Ehe und der Förderung von Frauenerwerbstätigkeit in Familien mit Kindern sollte an einer verbesserten Kinderförderung ausgerichtet werden, um Kindererziehung und Beruf besser in Einklang bringen zu können. 	
<p>2. Zuwanderung und Integration</p> <ul style="list-style-type: none"> ∅ Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes: Integration als Daueraufgabe, Einbindung der örtlichen Akteure und Ressourcen in Integrationsnetzwerke ∅ Konzentration der Landespolitik auf die Integration der bereits länger hier lebenden Zugewanderten (in Ergänzung zu Programmen für die Integration von Neuzugewanderten) ∅ Förderung der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft ∅ Einsatz für eine Zielgruppen übergreifende Antidiskriminierungspolitik ∅ Maßnahmen zur Bildungsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund ∅ Maßnahmen zur Integration von ›High Potentials‹ initiieren/koordinieren 	
Qualifizierung, Arbeit und wirtschaftliche Innovation	
Probleme	Ziele
<ul style="list-style-type: none"> - Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> - bessere Vereinbarkeit von Ausbildung bzw. Beruf und Familie - In allen Altersphasen ist ein angemessenes Verhältnis

<ul style="list-style-type: none"> - zu geringes Arbeitskräfteangebot in einzelnen Arbeitsmarktsegmenten - unzureichend qualifizierte Arbeitskräfte - veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> von Erwerbsarbeit, Qualifizierung, Familienarbeit und Freizeit anzustreben: der starken Verdichtung von beruflichen und familiären Anforderungen in einzelnen Altersphasen ist entgegenzuwirken. - Steigerung von Qualität und Effizienz der Ausbildung: Senkung der Wiederholer- und Abbrecherquoten, Steigerung der Abiturienten- und der Studierendenquote - Abwanderung von Hochqualifizierten verringern - Quote von Zuwanderung zu Abwanderung verbessern - Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen, fließende Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und Ruhestand ermöglichen - Verbesserung der (Weiter-)Qualifikation der Erwerbspersonen - Innovationskraft älter werdender Belegschaften nutzen - Innovation der Personalpolitik - innovative Produkte und Dienstleistungen
--	--

Maßnahmen

3. Bildung, Arbeit und Qualifikation

- ∅ verpflichtende Sprachkurse vor der Einschulung, Sprachförderung im Kindergartenalter (Eltern mit einbeziehen)
- ∅ weiterer Ausbau von offenen Ganztagschulen im Primarbereich und in der Sekundarstufe I
- ∅ Stärkung des individualisierten (auf die vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten ausgerichteten) Unterrichts, besserer Umgang mit heterogenen Schülerschaften
- ∅ Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation insgesamt, insbesondere jedoch in Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten
- ∅ mehr Eigenverantwortung für die Schulen bei gleichzeitig größerer Transparenz der Leistungen (Lernstandserhebungen, zentrale Abschlussprüfungen)
- ∅ Lehrer und Lehrerinnen von Verwaltungsaufgaben entlasten
- ∅ Steigerung der Übergangsquote zwischen Schule und Hochschule durch verbesserte und vernetzte Informations- und Beratungsangebote
- ∅ Erhöhung der Bildungsbeteiligung und des Studienerfolgs durch übersichtlicher und straffer organisierte Bachelor-Studiengänge
- ∅ Verkürzung der akademischen Ausbildung: Bachelor als berufsqualifizierender Regelabschluss
- ∅ Anwerbung von ›high-potential‹-Studierenden durch Angebote im Graduiertenstudium oder durch ›graduate schools‹
- ∅ mehr Anreize für private Bildungsinvestitionen schaffen
- ∅ Unterstützung der Tarifpartner bei der Entwicklung flexibler Arbeitszeitmodelle, die einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten
- ∅ Sicherung und Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitslosen, Unterstützung der betrieblichen Weiterbildung, lebensbegleitende Qualifizierungsangebote
- ∅ Aufbau von Bildungsangeboten für ältere Menschen

4. Wirtschaftliche Innovationen für Unternehmen und Verbraucher

- ∅ verbesserte Rahmenbedingungen für eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen
- ∅ Sensibilisierung von Betrieben für eine altersgerechte Personal- und Organisationsentwicklung
- ∅ Förderung der Integration von älteren Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt
- ∅ Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensnachfolge in Klein- und Mittelbetrieben
- ∅ Entwicklung der Gesundheitswirtschaft: Modellregion für innovative Ansätze im Gesundheitswesen, Export von gesundheitsbezogenen Produkten, Technologien und Dienstleistungen, Ansiedlung von einschlägigen Unternehmen
- ∅ Förderung der Seniorenwirtschaft durch die Entwicklung von neuen Produkten bzw. Dienstleistungen und Aufbau eines europäischen Netzwerks unter der Federführung Nordrhein-Westfalens
- ∅ regionale Transferstellen zur Förderung selbstständiger Migranten und Migrantinnen; verbesserte Rahmenbedingungen für die selbständige Tätigkeit

Umbau sozialstaatlicher Leistungen und Infrastrukturen

Probleme	Ziele
<ul style="list-style-type: none"> - Finanzierungsprobleme bei den sozialen Sicherungssystemen - höhere Kosten bei der Gesundheitsversorgung und der Pflege - zunehmende Notwendigkeit der privaten Absicherung von Lebensrisiken und Lücken in der Altersversorgung - wachsender Anteil von Hochaltrigen - regionale Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung - Gefahr sozialräumlicher Polarisierung - schrumpfende Städte, soziale Segregation - Zersiedelung und erhöhte Umweltbelastungen durch fortschreitende Umlandwanderung - veränderter Wohnungsbedarf - neue Anforderungen an Infrastrukturangebote - steigende Infrastrukturkosten pro Kopf der Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> - soziale Sicherung durch veränderte individuelle und kollektive Sicherungssysteme - Verbesserung der Finanzkompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Absicherung von Lebensrisiken und Altersversorgung - frühzeitige Prävention und Gesundheitsförderung - Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Rehabilitation - bessere Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben - Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements - Sicherung vergleichbarer Lebensverhältnisse in verschiedenen Regionen und verschiedenen Stadtteilen - Anpassung der Wohnungspolitik und der Infrastrukturen an den veränderten Bedarf - Sicherung einer flächendeckenden Versorgung für ältere Menschen auch in Randlagen und kleinen ländlichen Gemeinden - Sicherung einer attraktiven, sozial und ökologisch hochwertigen städtischen Umwelt - Begrenzung der weiteren Zersiedelung im Umland
Maßnahmen	
<p>5. Soziale Leistungen und Dienste für eine sich wandelnde Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> ∅ Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Produkten und Verträgen zur Absicherung von Lebensrisiken und zur Altersvorsorge ∅ ergänzende anbieterunabhängige Informations- und Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher als Flankierung der wachsenden Eigenverantwortung ∅ Maßnahmen zur frühzeitigen Prävention und Gesundheitsförderung ∅ Unterstützung sportlicher Aktivitäten als Gesundheitsförderung und als Medium der Integration ∅ langfristige Sicherung der gesundheitlichen Versorgung in einer älter werdenden Gesellschaft u.a. durch Weiterentwicklung der Rehabilitation und neue Versorgungsformen ∅ Sicherung bedarfsgerechter Fachkraftausbildungen im medizinischen Bereich sowie Fort- und Weiterbildung ∅ Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, verbessertes Zusammenspiel professioneller, familiärer und ehrenamtlicher Kräfte, Entwicklung einer engagementfreundlichen Infrastruktur ∅ Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement durch landesweite Netzwerkstrukturen und Entbürokratisierung 	
<p>6. Senioren- und Pflegepolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ∅ Vermittlung realistischer Altersbilder ∅ Stärkung von Senioren als Verbraucher, Informationsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ∅ bedarfsgerechter Ausbau der Einrichtungen und Dienste der Pflege, insbesondere für demenziell Erkrankte ∅ vorausschauende Förderung der Ausbildung und Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflege, Qualifizierung und Unterstützung der häuslich Pflegenden ∅ Weiterentwicklung der kommunalen Pflegeplanung, Förderung präventiver Maßnahmen durch eine Stärkung der vorpflegerischen Infrastruktur; bessere Schnittstellen zwischen medizinischen, pflegerischen und sozialen Hilfen ∅ Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements in den Einrichtungen und Diensten der Pflege ∅ Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Älteren für Ältere, Qualifizierung familiärer und freiwilliger Helfer insbesondere in niedrigschwelligen Hilfeangeboten 	
<p>7. Stadt- und Regionalpolitik, Wohnungsbau und Infrastruktur, innere Sicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> ∅ Entwicklung von Lösungen zum Umgang mit den Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels mit dem Förderprogramm Stadtumbau West 	

- ∅ Schließung von bestehenden Lücken und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur als wesentliche Grundlage für die Gestaltung des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens.
- ∅ Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, damit für unterschiedliche örtliche Problemlagen angemessene Lösungen gefunden und unsinnige Konkurrenzsituationen vermieden werden
- ∅ Flexibilisierung und Dezentralisierung der Wohnungspolitik; mehr Verantwortung für Städte und Gemeinden
- ∅ Anpassung des Wohnungsangebots an den veränderten Bedarf; es ist aber sicherzustellen, dass Wohnen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bezahlbar bleibt; zugleich ist in strukturschwachen Gebieten der Mietverfall einzudämmen, damit bestandserhaltende Investitionen gesichert sind
- ∅ Förderung von ökologischem und familienfreundlichem Wohnen in Mehrfamilienhäusern in den Innenstädten
- ∅ Einführung einer Flächenumwandlungsabgabe oder von handelbaren Flächenzertifikaten, die die Verdichtung der bestehenden Bebauung und die Wiedernutzung von Brachflächen gegenüber der Umwandlung von Acker-, Grün- und Waldflächen in Siedlungsflächen begünstigen
- ∅ flexible Nutzung von öffentlichen Gebäuden ermöglichen, Umgestaltung bestehender Gebäude zu Multifunktionsgebäuden
- ∅ Abbau von Barrieren (familien- und seniorenfreundlichen Zugang zum ÖPV gewährleisten,...)
- ∅ bedürfnisgerechte Gestaltung des urbanen Raums soll ›Angsträumen‹ entgegenwirken; gefahrenabwehrende Videoüberwachung zur Verbesserung der Sicherheit bzw. des Sicherheitsempfindens

Management des demographischen Wandels

Probleme	Ziele
<ul style="list-style-type: none"> - fortwährende Veränderung der vom demographischen Wandel induzierten Problemlagen - die Folgen des demographischen Wandels fallen regional bzw. lokal sehr unterschiedlich aus - erheblicher Handlungs- und Gestaltungsbedarf bei knappen öffentlichen Ressourcen - Zuspitzung der Konkurrenz von Kommunen um Köpfe und Arbeitsplätze 	<ul style="list-style-type: none"> - Rückführung der jährlichen Neuverschuldung - systematische Erschließung von wissenschaftlichem Wissen, von Problemindikatoren und von steuerungsrelevanten Informationen - Partizipation der Betroffenen als Voraussetzung für angemessene Problemlösungen und Akzeptanz - Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung - effizienter Mitteleinsatz im Rahmen einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie - ›Partner Staat‹ statt ›Vater Staat‹

Maßnahmen

8. Finanzen

- ∅ Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
- ∅ Einsatz der Demographiegewinne auch zur Entlastung der öffentlichen Haushalte
- ∅ effektiverer Einsatz von Fördermitteln (z.B. durch vermehrte Pauschalierung von Zuwendungen)
- ∅ ressortübergreifende und mittelfristige Finanzpolitik

9. Kommunikation und Partizipation

- ∅ Dem Land kommt eine wichtige Rolle zu, um in einen landesweiten Dialog über die Ursachen und Folgen des demographischen Wandels bzw. über angemessene Strategien zu treten.
- ∅ angemessene Verfahren der Partizipation, um die Betroffenen in den Entscheidungs- und Umgestaltungsprozess einzubeziehen
- ∅ Förderung des kulturellen Wandels: Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung eines Wertewandels, Bekenntnis zur ›Einwanderungsgesellschaft‹

10. Moderation und Steuerung

- ∅ Das Land muss wichtige Moderationsfunktionen übernehmen, um unterschiedliche Akteure für die anstehenden Aufgaben zu mobilisieren und zwischen unterschiedlichen Interessen zu vermitteln.
- ∅ Einsatz von Demographiebeauftragten
- ∅ Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit
- ∅ Aufbau von landesweiten und kommunalen Indikatorensystemen zur genaueren Analyse des demographischen Wandels und seiner Folgen
- ∅ Entwicklung von Steuerungs- und Controllingtechniken, um den zeitlich und räumlich variierenden Erfordernissen, die aus dem demographischen Wandel erwachsen, gerecht zu werden
- ∅ Forcierung der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen